



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 21.06.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 27.05.2013, 14:30 Uhr bis 16:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Regina Wilden	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann

Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helene Uckermann

auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Carl-Wilhelm Rößler

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Herr Rößler war die ersten 45min abwesend.

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel

Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region

Frau Cornelia Harrer

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.

Herr Stefan Kersjes

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Dr. Christiane Köhler

CDU

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Peter Krücker

Caritasverband

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Edith Marschall

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Marc Ruda

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Herr Benzion Wieber

Synagogengemeinde Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Plückthun

auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Michaela Diers	AIDS-Hilfe Köln e.V.
Herr Jochen Saurenbach	Bartmänner Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken
--------------------	--------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Antonella Giurano	Bunte
Frau Annelie Appelmann	doMS e.V.

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Susanne Schönewolff	Diakonisches Werk
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln 1137/2013
 - 3.2 Hausbrand in Köln Höhenhaus 1677/2013

3.3 AN/0357/2013 Zuzug aus Bulgarien und Rumänien
1784/2013

4 Mitteilungen

4.1 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln,
(TOP 4.6 auf der Sitzung vom 11.04.2013)
1305/2013

4.2 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung"
1319/2013

4.3 Quartalsbericht Programm "Win-Win für Köln" für das 1. Quartal 2013
1327/2013

4.4 Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung;
hier: Anfrage von Frau Hollmann, beratendes Mitglied auf Vorschlag der Grünen, zu den Zahlungen von Ausgleichsabgaben durch die stadtnahen Gesellschaften
Sitzung am 29.11.2012, TOP 15
1365/2013

4.5 Dokumentation der Winterhilfe 2012/ 2013 für wohnungslose Menschen
1547/2013

5 Wohnen

5.1 Förderung des Studentischen Wohnungsbau in Köln
hier: städtisches Grundstück Franz-Kreuter-Str. in Ehrenfeld
0950/2013

5.2 Evaluationsbericht 2012 „Wohnen für Hilfe – Wohnpartnerschaften Köln“
1652/2013

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020
MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht
1573/2013

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters Köln
1549/2013

- 7.2 Anfragen
- 8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**
- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
 - 10.1.1 Zuzug aus Bulgarien und Rumänien
AN/0357/2013
 - 10.1.2 Hausbrand in Köln-Höhenberg
AN/0447/2013
- 10.2 Aktuelle Anfragen
- 11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 11.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel

hier: Maßnahmebewilligungen 2013
1565/2013
- 12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 13 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 15 Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 AN/0296/2013 Armutszuwanderung nach Köln 1137/2013

Frau Gärtner dankt für die ausführliche Beantwortung.

Frau Schmerbach schließt sich dem Dank an. Sie regt an, die Ergebnisse und Teilergebnisse des stadtinternen Arbeitskreises im Ausschuss Soziales und Senioren vorzustellen.

Frau Hoyer dankt ebenfalls für die vorliegende Beantwortung. Ihr Dank gilt ebenfalls der CDU Fraktion, dass sie dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht habe. Sie fragt, wieso Rumänen und Bulgaren als Leistungsbezieher im SGB II aufgeführt seien. Zusätzlich stellt sie die These auf, dass durch zukünftige Urteile der Sozialgerichte zur Finanzierung der Grundsicherung-, weitere finanzielle Belastungen auf die Kommunen zukommen könnten.

Herr Kulozik antwortet, dass Bulgaren und Rumänen aus folgenden Gründen als SGB II Leistungsbezieher aufgeführt sein können;

- Die Menschen können schon einen längeren Zeitraum in Deutschland leben und eine Arbeitserlaubnis besessen haben und evtl. von dem SGB III Bezug wegen langer Arbeitslosigkeit in den SGB II Bezug gewechselt haben,
- und eine andere Möglichkeit wäre, dass die Menschen über einen Gewerbeschein verfügen, d.h. eine selbstständige Tätigkeit angemeldet haben welche alleine nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu sichern und aufgrund dessen einen Anspruch auf weitere Leistungen nach dem SGB II haben.

Der Vorsitzende Herr Helling dankt ebenfalls der Verwaltung für die Beantwortung. Er stellt fest, dass mit der jetzigen Behandlung die bestehenden und zukünftigen Anforderungen nicht zufriedenstellend gelöst werden können. In allen Bereichen der Mitteilung (Integration, Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnraum) werden negative Aussagen getroffen. Es werden keine konkreten Lösungsmöglichkeiten in der Mitteilung aufgeführt. Als Lösungsmöglichkeit werde auf die Arbeit des Deutschen Städtetages hingewiesen. Auch wird auf eine Arbeitsgruppe auf Bund- und Länderebene hingewiesen, welche sich mit dem Problem der Zuwanderung, auch auf EU-Ebene, beschäftige. Der Zeitpunkt, wann diese Lösungsmöglichkeiten von dieser Arbeitsgruppe präsentiert werden, sei aber völlig ungewiss. Für ihn reiche es nicht aus, in der Integrationspolitik nur Problemfelder aufzulisten ohne konkrete Lösungsmöglichkeiten und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Er berichtet, dass andere Städte bereits eine zentrale oder dezentrale Anlaufstelle für Zuwanderer eingerichtet haben. Weitere Handlungsempfehlungen wären z.B. eine Intensivierung von Sprachkursen. Er schlägt vor, dass solche Handlungsempfehlungen für Köln erarbeitet werden. Diese Handlungsempfehlungen sollten dann in die kommende Fachveranstaltung und in die weitere Berichterstattung einfließen.

Frau Hollmann schlägt vor, dass von dem Integrationsarbeitskreis konkrete Lösungsziele erarbeitet werden. Sie bittet die Verwaltung um eine Übersicht der Beratungsstellen ggf. in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden.

Herr Corneth fragt, ob die Anzahl der hier lebenden Bulgaren und Rumänen höher sein könnte als in der Beantwortung angegeben, da seiner Meinung nach nicht genügend Wohnraum vorhanden sei. Zusätzlich fragt er, welche Stadt in Nordrhein-Westfalen die Federführung für die Untersuchung übernehme.

Herr Krücker stellt fest, dass die Wohlfahrtsverbände schon eine Vielzahl von Angeboten für den entsprechenden Personenkreis entwickelt haben, welche sehr intensiv genutzt werden. Er bittet die Verwaltung um eine zusammenfassende Übersicht aller Angebote.

Frau Gärtner sagt, dass die Stadt Köln keinen Alleingang in dieser Frage unternehmen solle. Sie befürwortet ein gemeinsames Vorgehen mit dem Städtetag.

Herr Dr. Unna fragt, ob es noch die regionale Einrichtung für Tuberkulosekranke (Köln, Bonn, Rhein-Sieg-Kreis) gebe, die betroffene Menschen aus ihrer Wohnungssituation herausbringen würden.

Frau Preßmar-Cuber antwortet, dass über das Kölner Regelsystem alle gesundheitlichen Notfälle versorgt werden. Man stehe im stetigen Austausch mit den Städten des Ruhrgebietes. Die Berichte belegen, dass es in Duisburg und Dortmund noch größere Schwierigkeiten gebe als in Köln. Die angesprochene Arbeitsgruppe EU-Osterweiterung existiert bereits seit zwei Jahren. Die Verwaltung bemüht sich für die Politik noch vor der Sommerpause eine Informationsveranstaltung zu organisieren.

Herr Dr. Schulz hofft, dass die geplante Informationsveranstaltung Grundlage für weitere Diskussionen sei. Nach seiner Meinung, müssten dringliche Probleme auch regional und zeitnah angegangen werden.

Der Vorsitzende Herr Helling fasst zusammen, dass sowohl auf der regionalen als auch auf der überregionalen Ebene nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden solle. Gute Ergebnisse würden dann zusammengeführt. Er verlässt sich darauf, dass die Fachkonferenz noch vor der Sommerpause stattfinde. Er fragt, ob die Landesregierung 2013 finanzielle Mittel an Kommunen bereitgestellt habe, um eine bessere Integration von Bulgaren und Rumänen kommunal zu gewährleisten und ob Köln diese Mittel aus dem Landeshaushalt beantragt habe.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

Herr Helling übergibt den Vorsitz an Herrn Paetzold.

3.2 Hausbrand in Köln Höhenhaus 1677/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist darauf hin, dass der tragische Hausbrand in Köln-Höhenberg und nicht in Höhenhaus passiert sei.

Frau Gärtner dankt für die Beantwortung der Anfrage und den städtischen Dienststellen, die für die Kölner Bürgerinnen und Bürgern rund um die Uhr zur Verfügung standen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schließt sich dem Dank an und schlägt vor, dass der Ausschuss Soziales und Senioren-, dass für Notfälle zur Verfügung stehende Apartmenthaus einmal besuchen könne.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

3.3 AN/0357/2013 Zuzug aus Bulgarien und Rumänien 1784/2013

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 3.1 behandelt.

4 Mitteilungen

4.1 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln, (TOP 4.6 auf der Sitzung vom 11.04.2013) 1305/2013

Frau Gärtner empfindet die vorliegende Mitteilung als unbefriedigend. Es werde nicht ersichtlich wie Synergieeffekte (Einsparungen) durch Zusammenlegung der Dienststellen erzielt werden können. Konkret befürchtet sie, dass die gute Arbeit der Behindertenbeauftragten nicht in dem bisherigen Maße fortgesetzt werden könne. Sie bittet die Verwaltung um Klärung der beiden Sachverhalte.

Herr Helling weist daraufhin, dass die zuständige Dezernentin nicht da sei. Er schlägt vor in der nächsten Sitzung die inhaltliche Diskussion mit der Dezernentin zu führen. Auf dem ausliegenden Organisationsschaubild seien 5,14 Stellen im Kommunalen Integrationszentrum, zzgl. 2,00 vom Land NRW geförderte Lehrerstellen, ausgewiesen. Bisher hatte aber nur das Interkulturelle Referat bereits acht Stellen und die RAA hatte weitere sechs Stellen. Zusammen waren dies vierzehn Stellen die nach dem vorliegenden Schaubild auf sieben Stellen gekürzt werden. Er bittet die Verwaltung, dies bis zur nächsten Sitzung auf-zu-klären. Für ihn sei eine solche Reduzierung der Stellen nicht nachvollziehbar.

Frau Schmerbach stellt die Frage, ob alle Querschnittsaufgaben zukünftig von dem Diversity-Management bearbeitet werden können. Da ein Großteil der Aufgaben dem Sozialdezernat zugeordnet sei, solle das Sozialdezernat auch die Federführung bei der Gestaltung des Diversity-Managements übernehmen. Sie gehe davon aus, dass es zu einer Neubesetzung der Stelle der Behindertenbeauftragten kommen werde. Sie regt eine inhaltliche Diskussion zum Diversity-Management an.

Frau Brauckmann weist daraufhin, dass im Diversity-Management keine bestehenden Inhalte verloren gehen sollen. Sie fragt, ob im LST Bereich eine weitere halbe Stelle zugesetzt werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schließt sich dem Vorschlag an, diesen Tagesordnungspunkt in die nächste Ausschusssitzung zu vertagen.

Frau Hoyer appelliert, dass eine ehrliche inhaltliche und intensive organisatorische Diskussion zum Diversity-Management geführt werden solle.

Herr Ladenberger erinnert daran, dass die Stadt AG Behindertenpolitik in der letzten Sitzung eine Stellungnahme abgegeben habe. Er bittet darum, dass diese Stellungnahme dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnisnahme vorgelegt werde.

Frau Stahlhofen weist daraufhin, dass der Begriff aus der Wirtschaft stamme. Sie bittet die Verwaltung um ein konkretes Konzept zu Diversity.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung zu prüfen, ob zur nächsten Sitzung ein Fachvortrag gehalten werden könne.

Die Mitteilung wird in die nächste Sitzung geschoben.

4.2 Arbeitspapier des Deutschen Städtetages zu "Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung" 1319/2013

Herr Helling bittet, dass Frau Kröger, die von Kölner Seite an dem Papier mitgearbeitet hat, die vorliegende Mitteilung dem Ausschuss Soziales und Senioren referiert unter dem Aspekt „Planungsprozesse in größeren Wohnbaugebieten“. Ihn interessiere, wie Bürger/innen in Planungsprozesse mit einbezogen werden können.

Der Vorsitzende Herr Paetzold unterstützt die Bitte von Herrn Helling, dass Frau Kröger einen Vortrag im Ausschuss Soziales und Senioren halten soll. Er bittet die Verwaltung, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses Frau Kröger einzuladen.

Frau Stahlhofen schließt sich den Vorrednern an.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.3 Quartalsbericht Programm "Win-Win für Köln" für das 1. Quartal 2013 1327/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass der Kostenrahmen bei dem „Win-Win Programm“ fast immer eingehalten wird. Er bedauert, dass die Sanierung des Rheincafes, aufgrund der schwierigen Haushaltssituation, noch nicht realisiert werden kann.

Frau Hoyer empfindet, dass sich das „Win-Win Programm“ nicht weiter entwickeln würde und die Realisierung einzelner Projekte eine sehr lange Zeit in Anspruch nehmen würde. Sie belegt ihre Vermutung mit Mitteilungen zum „Win-Win Programm“ aus dem letzten Jahr. Deshalb würde auch der Kostenrahmen immer eingehalten werden. Sie fragt, wie viele Personen in den Projekten beschäftigt seien und welche Beschäftigungsträger involviert seien.

Herr Bahmanyar bestätigt, dass tatsächlich die Realisierung einzelner Projekte lange dauern würde. Dies sei maßgeblich dem Umstand geschuldet, dass durch die vorgegebenen Kriterien zu wenig Teilnehmer an dem Programm teilnehmen konnten. Die Schwierigkeiten seien aber jetzt gelöst und durch die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter seien auch genügend neue Teilnehmer vorhanden. Momentan würden 150 AGH's teilnehmen, die zusätzlich durch die Verwaltung qualifiziert würden. Zusätzlich seien 20 öffentliche Beschäftigte beteiligt, die dauerhaft eingestellt werden sollen. Bei den Sanierungsarbeiten handele es sich um einen dauerhaften Prozess, so dass immer wieder neue Arbeiten anfallen würden.

Frau Hoyer fragt, wie die Arbeit bei den einzelnen Projekten voran gehe.

Herr Bahmanyar antwortet, dass die Arbeiten am „Thurner Hof“ und die Sanierung an der „Bottmühle“ gute Fortschritte machen würden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung um eine schriftliche Antwort wie viele Mitarbeiter das „Win-Win Programm“ habe, an welchem Projekt die Menschen arbeiten und bei welchem Träger diese beschäftigt seien.

Herr Kersjes erläutert, dass sich die Fördermöglichkeiten geändert haben und daher Auswirkungen auf das Programm haben könnten. Er bittet die Verwaltung um eine Darstellung was für Auswirkungen diese Veränderungen haben.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

**4.4 Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung;
hier: Anfrage von Frau Hollmann, beratendes Mitglied auf Vorschlag der
Grünen, zu den Zahlungen von Ausgleichsabgaben durch die stadtna-
hen Gesellschaften
Sitzung am 29.11.2012, TOP 15
1365/2013**

Herr Helling erinnert sich, dass zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe eingerichtet sei. Er fragt nach dem derzeitigen Stand der Arbeitsgruppe, wie oft sie getagt habe und ob sie bereits konkrete Ergebnisse erarbeitet habe.

Frau Reinecke antwortet, dass sich die Arbeitsgruppe einmal getroffen habe. Konkrete Arbeitsergebnisse lägen noch nicht vor. Aber es wurde festgelegt, dass ein Schreiben an die stadtnahen Gesellschaften verfasst wurde, in dem Fachgespräche mit der Verwaltung zu dem Thema „Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“ angeboten. Dieses Schreiben sei auch bereits versendet worden. Innerhalb der Verwaltung werden auch Gespräche mit der Personalverwaltung geführt. Vertreter in den Aufsichtsräten der stadtnahen Gesellschaften wurden aufgefordert, für weitere Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung werben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, das Schreiben welches an die Geschäftsführungen der stadtnahen Gesellschaft versendet wurde auch an die Aufsichtsräte zu versenden.

Frau Schmerbach stellt anhand der vorliegenden Zahlen fest, dass es Potenzial für weitere Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung geben muss. Sie appelliert daran, dass die Bemühungen bei den stadtnahen Gesellschaften weiter intensiviert werden. Sie bittet darüber hinaus, dass die Inklusionsvereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Personalrat dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis vorgelegt werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt Frau Reinecke, welche Personen in der Arbeitsgruppe vertreten seien.

Frau Reinecke antwortet, dass Menschen aus der Verwaltung und Politik auf Anfrage von Frau Schmerbach sich zu einer Besprechung getroffen haben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum, dass für weitere Treffen darauf geachtet werden solle, dass die Einladung an alle Experten aus Politik und Verwaltung gehen solle.

Herr Corneth fragt ob bei den vorliegenden Zahlen der RheinEnergie auch die „Tochterunternehmen“ (z.B. NetCologne) enthalten seien.

Frau Reinecke kann diese Frage nicht beantworten.

Herr Ladenberger stellt fest, dass es engagierte Menschen in den Unternehmen geben muss, die sich dafür einsetzen, dass mehr Menschen mit Behinderung in den Unternehmen beschäftigt werden.

Herr Corneth erinnert daran, dass nach dem Betriebsverfassungsgesetz die Betriebsräte die Integration von Schwerbehinderten fördern sollen.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.5 Dokumentation der Winterhilfe 2012/ 2013 für wohnungslose Menschen 1547/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt der Verwaltung und den Wohlfahrtsverbänden, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich ehrenamtlich engagiert haben.

Dr. Unna empfindet es sprachlich bedenklich, wenn bei diesem Thema von einer „Hotline“ gesprochen werde.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

5 Wohnen

5.1 Förderung des Studentischen Wohnungsbau in Köln hier: städtisches Grundstück Franz-Kreuter-Str. in Ehrenfeld 0950/2013

Der Tagesordnungspunkt wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

5.2 Evaluationsbericht 2012 „Wohnen für Hilfe – Wohnpartnerschaften Köln“ 1652/2013

Frau Schultes lobt die Verwaltung-, für das Projekt.

Frau Marshall teilt mit, dass die Seniorenvertretung ein Kooperationspartner dieses Projektes sei.

Herr Helling fragt, ob es Probleme bei der Finanzierung gebe.

Herr Ludwig antwortet, dass es keine Probleme gebe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt das Projekt „Wohnpartnerschaften für Köln“ ebenfalls. Er stellt fest, dass es sich bei dem Projekt um eine klassische „Win-Win“ Situation handele. Zum einen werde Studenten bei der Wohnraumsuche geholfen und zum anderen erhielten ältere Menschen Hilfe und Unterstützung, die es ihnen ermöglicht länger in der eigenen Wohnung zu verbleiben.

Herr Corneth schließt sich dem Lob der Vorredner an. Er fragt, wie der Sachstand des Grundstücks neben dem Seniorenzentrum Gottesweg, welches dem Studentenwerk für studentisches Wohnen angeboten wurde, sei.

Herr Ludwig antwortet, dass es sich um ein Gewerbegrundstück handele. Der Sachstand sei unverändert, da es für dieses Grundstück kein Baurecht gebe.

Der Bericht wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht 1573/2013

Frau Hollmann lobt die Einführung der „Ampel“ welche den Stand der Bearbeitung anzeige. Sie fragt, welche Projekte nachhaltig weiter geführt werden. Des Weiteren bittet sie darum, dass aufgeführt werde, wann die einzelnen Projekte zeitlich enden.

Herr Helling erinnert an die Sozialausschusssitzung vom 28.02.2013. In dieser Sitzung habe Herr Oster eine tabellarische Übersicht über die finanziellen Mittel der Projekte zugesagt.

Er fragt, ob das Projekt „Neue Arbeit für Mülheim“ aufgrund der reduzierten Teilnehmerzahl überhaupt noch verwirklicht werden könne. Des Weiteren fragt er über die Investorengruppe für das Projekt „Internationales Geschäftshaus“, ob diese das Interesse an dem Projekt verloren hätten.

Herr Dr. Schulz fragt zum Projekt „Stadtteilmütter“ ob die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen von 30 auf 34 erhöht wurden. Zusätzlich fragt er, welche „Diplome“ bei dem Projekt „Rucksack“ von der Steuerungsgruppe vergeben werden.

Frau Schlich antwortet, dass das „Rucksack-Projekt“ durch eine eigene, interne Steuerungsgruppe koordiniert werde. Dort werde die Übergabe der Diplome an die „Rucksack-Mütter“ geplant. Dies sei eine gelungene Veranstaltung, an der die gesamte Familie (Mütter, Väter, Kinder) und die Träger teilnehmen würden.

Die Frage zu den „Stadtteilmüttern“ werde schriftlich beantwortet.

Bei dem „internationalen Geschäftshaus“ handele es sich vermutlich nicht um Desinteresse der Investoren, aber es gebe derzeit kein der Verwaltung bekanntes wirtschaftlich-, tragfähiges Finanzierungskonzept und ein konkretes inhaltliches Handlungskonzept lege auch nicht vor. Aus diesen Gründen sei ein Grundstückserwerb insbesondere von privaten Dritten nicht möglich. Seitens der Stadt können im gewünschten Bereich derzeit keine Grundstücke angeboten werden.

Für das Projekt „Neue Arbeit für Mülheim“ werde aus Verwaltungsseite alles unternommen, um zu einem positiven Abschluss zu kommen. Ob bei den gegebenen Rahmenbedingungen allerdings ein Erfolg erreicht werden kann, sei mehr als ungewiss.

Bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses-, werde das Raster um die Informationen, wie lange jedes Projekt dauere, ergänzt.

Die Projekte sollen nachhaltig wirken und auch nach Ablauf der Projektzeit ohne weitere finanzielle Unterstützung ihre Wirkung entfalten. Gerade in den Bildungsprojekten scheine dies auch teilweise zu gelingen, insbesondere bezogen auf die Netzwerkstrukturen. Für andere Projekte muss es weitere finanzielle Zuwendungen geben um diese fortführen zu können. Hier wird die Verwaltung entsprechende Vorschläge erarbeiten, welche Möglichkeiten bestehen, bzw. wo noch weitere finanzielle Unterstüt-

zung notwendig sei. Ein Fokus soll darauf liegen, welche Erfahrungen aus dem Projekt „Mülheim 2020“ ggf. auf andere Stadtteile übertragen werden können bzw. welche Projekte auch für andere Stadtteile sinnvoll sein können.

Sie fragt Herrn Helling, welche finanziellen Informationen in der tabellarischen Übersicht für die einzelnen Projekte aufgeführt sein sollen.

Herr Helling antwortet, dass er Herrn Oster mitgeteilt habe, welche Inhalte in der Übersicht aufgeführt sein sollen und erinnert auf die Niederschrift des Sozialausschusses am 28.02.2013, in der diese Punkte ebenfalls aufgeführt seien.

Frau Schlich sagt eine schnellstmögliche Erledigung zu.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters Köln 1549/2013

Herr Dr. Schulz kritisiert, dass die telefonische Erreichbarkeit der Mitarbeiter im Jobcenter nach wie vor nicht ausreichend sei. Die Aussagen in der vorliegenden Mitteilung zur telefonischen Erreichbarkeit, würden leider nicht den Tatsachen entsprechen. Er vermutet, dass das Jobcenter nicht in der Lage sei, eine dauerhafte telefonische Erreichbarkeit sicherzustellen.

Er begrüßt die Weiterentwicklung zur Sicherheit im Jobcenter und bittet darum, dass der Ausschuss Soziales und Senioren über die weiteren Maßnahmen informiert werde.

Auch sollte der Sozialausschuss zukünftig Informationen vom Jobcenter über die Effekte der „kollegialen Beratung“ erhalten.

Frau Gärtner dankt für den ausführlichen Bericht. Sie äußert sich positiv dazu, dass weitere Aktivitäten für die Sicherheit der Mitarbeiter/innen unternommen wurden. Auch die kollegiale Beratung, die Joboffensive und die Aktivierung von Alleinerziehenden werden von ihr lobend erwähnt.

Mit Sorge beobachtet sie, dass die angestrebten Erfolge bei den Langzeitarbeitslosen deutlich unter den angestrebten Zielen liegen würden. Negativ zu beurteilen sei, dass bei den Kosten der Unterkunft (KdU) das Jobcenter über dem Sollwert geblieben sei.

Frau Hollmann stellt fest, dass die Integrationsquote 2013 niedriger angesetzt sei als 2012. Sie fragt, ob der niedrigere Ansatz dadurch begründet sei, dass weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen würden.

Herr Kulozik antwortet, dass die telefonische Erreichbarkeit sei für das Jobcenter ein schwieriges Thema sei. Es sei dem Jobcenter ein großes Anliegen, dass Beratungsgespräche im Interesse der Kundinnen und Kunden störungsfrei geführt werden können. Die direkte telefonische Erreichbarkeit sei daher nicht immer gegeben. Deshalb sei das Jobcenter auf das Service-Center entsprechend angewiesen. Seitens des Jobcenters werde kontinuierlich an der telefonischen Erreichbarkeit gearbeitet, um Verbesserungen herbeizuführen.

Bei den Kosten der Unterkunft (KdU) werde das Ziel des Jobcenters tatsächlich nicht erreicht. Die Hauptgründe, warum die Ziele bei der KdU nicht erreicht werden, liegen an den steigenden Mieten und den hohen Heizkosten. Er sagt zu, das Thema KdU in einer der nächsten Sitzungen intensiver vorzustellen.

Bei den Langzeitbeziehern erreiche das Jobcenter die vorgegeben Ziele ebenfalls nicht. Das Jobcenter arbeite aber sehr akribisch, um die vorgegebenen Ziele bei dieser Personengruppe zu erreichen. Ebenfalls müsse das Jobcenter bei dieser Personengruppe noch intensiver in Arbeitsmarktprojekte investieren. Dies werde auch ein Schwerpunkt im Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2014 sein. Bei der Integration in Erwerbstätigkeit werde das Jobcenter den Stand des Vorjahres erreichen.

Herr Kulozik hat die Frage von Frau Hollmann zu ihrer Zufriedenheit beantwortet.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

7.2 Anfragen

Frau Stahlhofen fragt;

- wie die Erstattung von Fahrgeld eines Kunden des Jobcenters zu Vorstellungsgesprächen geregelt sei,
- ob der Datenschutz für Kunden des Jobcenters immer eingehalten werde, wenn potentielle Arbeitgeber sich über die Kunden informieren wollen und umgekehrt, wenn das Jobcenter bei dem Arbeitgeber nachfrage,
- ob ein Kunde beweisen muss, dass er sich bei einem Arbeitgeber beworben habe,
- ob es passieren könne, dass Mitarbeiter/innen des Jobcenters in den Zeitraum eines genehmigtenurlaubes des Kunden ein Vorstellungsgespräch legen.

Herr Kulozik antwortet, dass es sich bei den angesprochenen Fragen um Einzelfälle handle.

Die Übernahme von Fahrgeld gehört zum täglichen Geschäft des Jobcenters. Allerdings müsse der Antrag grundsätzlich vor einem Vorstellungsgespräch gestellt werden, da dies gesetzlich so geregelt sei.

Der Datenschutz werde selbstverständlich eingehalten. Aber natürlich sei es Aufgabe des Jobcenters, Menschen in Arbeit zu vermitteln und ggf. Anfragen von Arbeitgebern unter Beachtung des Datenschutzes, wo nötig und möglich zu beantworten. Auch würde das Jobcenter für weitere Vermittlungen bei den Arbeitgebern in dem gesetzlichen Rahmen nachfragen.

Die Pflicht, den Nachweis zu erbringen, dass man sich als Kunde des Jobcenters bei potentiellen Arbeitgebern beworben habe, stehe im Gesetz. Jeder, der sich arbeitslos melde und Leistungen erhalte, müsse durch Eigeninitiative nachweisen, dass er aus dem Hilfesystem herauskommen wolle.

Herr Kulozik bietet Frau Stahlhofen zusätzlich zu dieser Beantwortung ein bilaterales Gespräch zur Klärung der Einzelfälle an.

- 8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**
- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen**
- 10.1.1 Zuzug aus Bulgarien und Rumänien
AN/0357/2013**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 3.1 und TOP 3.3 behandelt.

- 10.1.2 Hausbrand in Köln-Höhenberg
AN/0447/2013**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 3.2 behandelt.

10.2 Aktuelle Anfragen

Frau Dr. Köhler bittet die Verwaltung um einen Bericht zum Thema Seniorentelefon unter nutzungsrelevanten Gesichtspunkten.

Herr Santelmann antwortet, dass es sich um das Beratungstelefon handele. Er sagt einen Bericht zu.

Frau Hoyer fragt-, zu dem Projekt Hausmeistergehilfen (Schulassistenten) für Menschen mit Behinderung. Dieses Projekt sei bis Ende April 2013 aus dem europäischen Sozialfonds und aus Landesmitteln gefördert worden. Nach dem Auslauf der Förderung habe sich die Kölner Verwaltung an das Arbeits-, Integrations-, und Sozialministerium in Düsseldorf gewandt und gefragt ob eine weitere Finanzierung möglich sei. Sie möchte wissen, ob eine Antwort seitens des Ministeriums bereits vorliege.

Herr Santelmann sagt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung zu.

- 11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 11.1 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel**
- hier: Maßnahmebewilligungen 2013
1565/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold meldet für die SPD Fraktion Beratungsbedarf an und bittet darum, dass die Vorlage in die nächste Sitzung geschoben werde.

Herr Helling meldet für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ebenfalls Beratungsbedarf an. Er erinnert an die Historie der Maßnahmen: Auf kommunaler Ebene solle mit Beschäftigungspolitik Akzente gesetzt werden. Er erläutert die damals eingeführten

Instrumente: „Win-Win“ (Beschäftigungspolitik im Kontext der Sanierung von Gebäuden), „Wir im Quartier“ (soziale Stärkung der Lebensqualität in den Veedeln).

Er führt auf, dass es nach seiner Auffassung zu „Wir im Quartier“ drei Basis-Regelungen gab:

1. Restfinanzierung für den damaligen § 16 e SGB II,
2. es sollten ausschließlich finanzschwache Träger durch das kommunale Programm gefördert werden,
3. der Sozialausschuss sollte über jede Vergabe an einen Träger entscheiden.

Ursprünglich waren für die Projekte für 2008 200.000,- Euro und für 2009 500.000,- Euro veranschlagt. 2011 wurden noch 220.000,- Euro zur Verfügung gestellt und nach der Instrumentenreform im Rahmen des SGB II für das Jahr 2012 noch 50.000,- Euro. Es sei politisch gewollt, dass 50.000,- Euro weiterhin zur Verfügung gestellt werden sollen. Dies sei durch die Haushaltsbeschlüsse so festgelegt.

Er erinnert an die Mitteilung „ESF – Förderprogramm „Aktiv für Arbeit im Stadtteil – arbeitsmarktpolitisches Netzwerkcoaching in städtischen Problemgebieten“ hier: Aktiv für Arbeit im Stadtteil Chorweiler (Anm. d. Protokollanten: 0560/2013, am 28.02.2013 in der Sitzung Soziales und Senioren auf der Tagesordnung unter TOP 4.6). In dieser Mitteilung werde ausgeführt, dass Ende Dezember 2012 ein Zuwendungsbescheid vom Land erging, mit dem 1 Stelle „Netzwerkcoach“ sowie Sachkosten zu 80% beim Träger gefördert werden. Die Kofinanzierung, d.h. der städtische Eigenanteil, wird aus den im Haushaltsplan laut Erläuterungen zu Zeile 15 in Teilergebnisplan 0504 veranschlagten Mitteln für kommunale Beschäftigungsförderung finanziert werden. Über die finanzielle Höhe und den Zusammenhang zu „Wir im Quartier“ würde in der damaligen Mitteilung keine Aussage getroffen.

In der vorliegenden Beschlussvorlage sollen 30.000,- Euro an die Träger vergeben werden. Am Ende der Beschlussvorlage sei aufgeführt, dass nach Abzug der hiernach vorgeschlagenen Zuschüsse die verbleibenden Mittel in Höhe von 20.000,- Euro zur Kofinanzierung des ESF-geförderten Projektes „Aktiv für Arbeit im Stadtteil“ in Chorweiler verwendet werden. Dies widerspreche seiner Meinung nach dem Grundgedanken von „Wir im Quartier“. Die Gesamtsumme der Anträge belaufe sich auf 50.000,- Euro. Wenn aber nur 30.000,- Euro laut der Beschlussvorlage an die Antragssteller vergeben werden, müssen diese eine Kürzung in Höhe von 20.000,- Euro hinnehmen. Im Vorjahr (2012) wurde noch die Gesamtsumme von 50.000,- Euro bewilligt. Er bittet die Verwaltung die Beschlussvorlage dahingehend zu überarbeiten, dass sie weitere Anträge zu diesem Förderprogramm zulasse, da nicht alle Antragssteller informiert worden seien. Ebenfalls müssten 50.000,- Euro und nicht nur 30.000,- Euro für die Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Frau Blümel ergänzt zu den von Herrn Helling aufgeführten Regelungen, dass die Wohlfahrtsverbände jedem einzelnen Antrag zu zustimmen haben und ein Wohlfahrtsverband die Koordination über das Verfahren übernehmen solle. Die Spitzenverbände seien nicht darüber informiert worden, dass das Programm weiter fortgesetzt werde, so dass nicht alle Anträge gestellt werden konnten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung um Überarbeitung der Beschlussvorlage, und um die Vorlage des Regelwerks zum Programm „Wir im Quartier“. Des Weiteren regt er an, das bisherige Antragsverfahren aufzuheben und allen Akteuren die Möglichkeit zu geben, Anträge auf Zuschüsse aus diesem Programm zu stellen.

Frau Gärtner bittet darum, dass aufgeführt werde, wie die gesamten 50.000,- Euro verwendet werden.

Herr Dr. Schulz stellt fest, dass nur zwei Schlussfolgerungen möglich seien. Entweder die Zuschüsse werden auf 30.000,- Euro gekürzt oder das Verfahren für die 50.000,- Euro werde wieder geöffnet, dass weitere Anträge gestellt werden dürfen.

Der Ausschuss verschiebt die Beschlussfassung über die Vorlage in die nächste Sitzung und fordert die Verwaltung auf, die Vorlage unter Berücksichtigung der gemachten Aussagen und Erläuterungen zu überarbeiten.

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 10.2 behandelt.